



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	2
3.	Griechische Zyprioten.....	4
	Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen.....	4
4.	Türkische Zyprioten.....	9
	Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen.....	9
5.	Anhang.....	10
6.	FES Zypern - Veranstaltungen.....	13

1. Zypernfrage

Am 23. April jährte sich die Öffnung der Checkpoints zum zehnten Mal. Mit diesem historischen Schritt wurde eine 29 Jahre lange Trennung zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten beendet, was jedoch nicht zu einem Ende der Teilung führte. Die bei der überraschenden Öffnung vorherrschende Euphorie im Jahr 2003 erfuhr jedoch ein Jahr später einen erheblichen Dämpfer, als die griechischen Zyprioten den von der UN unterstützten Anan Plan zur Lösung der Zypernfrage mit überwältigender Mehrheit ablehnten, was bei den türkischen Zyprioten ein tiefes Gefühl der Enttäuschung hervorrief.

Die ursprünglich große Zahl von Menschen beider Bevölkerungsgruppen, die die Grenze passierten, ist mit der Zeit zurückgegangen und hat sich stabilisiert. Ungefähr 40% der türkischen Zyprioten besuchen den griechisch-zypriotischen Teil der Insel (entweder um zu arbeiten oder um einzukaufen) während 10-15% der griechischen Zyprioten den Norden regelmäßig besuchen. Ob die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage des Südens einen Anreiz zur Wiedervereinigung darstellt ist eine schwierige Frage. Dem *Economist* zufolge würden sowohl die griechischen wie auch die türkischen Zyprioten von einer Vereinigung wirtschaftlich profitieren. Gleichzeitig könnte eine Vereinigung auch für einen türkischen EU-Beitritt von Vorteil sein. Außerdem läge es auch im Interesse der Türkei, wenn zypriotischen Gas aus dem Aphrodite Vorkommen durch eine türkische Pipeline in die Türkei und nach Europa fließen würde. Wie die türkische Zeitung

Hürriyet berichtet, steht die Zypernfrage auf Ankaras Agenda wieder weit oben.

In einem Treffen mit Präsident Anastasiades am 22. April sagte der UN Sonderbeauftragte für Zypern Alexander Downer, dass die Verhandlungen in der Zypernfrage schneller vorangehen könnten, wenn die wirtschaftliche Lage momentan nicht so angespannt wäre. Er ging jedoch nicht so weit zu sagen, dass die Verhandlungen verschoben werden. Downer traf sich am 25. April auch mit dem griechischen Außenminister Demetris Avramopoulos und am 29. April mit dessen türkischen Kollegen Ahmet Davutoglu. Downer plant ein gemeinsames Abendessen mit Präsident Anastasiades und dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervis Eroglu.

Erzbischof Chrysostomos kündigte an, dass die Kirche bereit ist, 2.5 Millionen Euro für die erste Stufe der Renovierung des Klosters Apostolos Andreas auf der Karpas Halbinsel bereitzustellen. Dies ist Teil eines im Januar vereinbarten Restaurationsprojekts mit Beteiligung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Orthodoxen Kirche Zyperns und der religiösen türkisch-zypriotischen Stiftung Evkaf. Das Projekt beläuft sich über insgesamt 6 Millionen Euro.

2. Gasvorkommen

Vom 8. bis zum 10. April fand in Nikosia die Eastern Mediterranean Gas Conference (EMGC) statt, die von Noble Energy gesponsert und von der Gulf Publishing Company ausgerichtet

wurde. An der Konferenz nahmen führende Öl- und Gasexperten und -vertreter sowie Firmen, die an der Planung der Entwicklung bei der Gasförderung im östlichen Mittelmeer beteiligt sind, teil. In seiner Begrüßungsrede sagte Präsident Anastasiades, dass die Förderung der Gasreserven ein Eckstein beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Zyperns sei. In diesem Zusammenhang kündigte der Präsident am 20. April offiziell den Bau einer Gasverflüssigungsanlage an. Außerdem verkündete er ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dessen Hilfe die Wirtschaft angekurbelt werden soll sowie die Absicht der Regierung eine nationale Energiepolitik zu formulieren.

Das klare Bekenntnis der Regierung zum Bau einer Verflüssigungsanlage gibt dem amerikanischen Energieunternehmen Noble Energy die Möglichkeit, ihre Pläne weiterzuverfolgen, Gas mit Hilfe ihrer Offshore Lizenz zu fördern und die Wirtschaftlichkeit ihres Projekts anzugeben. Bei der Monetarisierung der zypriotischen Gasvorkommen ist Noble der Ansicht, dass eine Verflüssigungsanlage die beste Option ist, da diese einen flexibleren Zugang zu den Märkten bietet, im Gegensatz zu einer Pipeline durch die Türkei, wo die Route vorbestimmt wäre.

Dem Vorstandsvorsitzenden von Noble Energy, Charles Davidson, zufolge wird das Unternehmen die Testbohrungen im Block 12 voraussichtlich im Juni beginnen, sobald die Bohrinself aus dem israelischen Karish Gasfeld abgezogen werden kann. Die Bohrungen könnten zwischen 75 und 90 Tage dauern. Die Auswertung der Daten und eine genauere Beurteilung der Gasvorkommen könnten nach

weiteren drei Monaten erfolgen. Dem Produktionsbeteiligungsvertrag zufolge muss Noble innerhalb von drei Monaten nach den Testbohrungen eine Wirtschaftlichkeitserklärung vorlegen.

Wenn das Projekt von Noble nach den Testbohrungen als wirtschaftlich eingestuft ist, wird das Unternehmen die Kosten für den Bau der Unterwasserinfrastruktur übernehmen, was auch eine Pipeline beinhaltet, die das Gas an Land bringt. Diese Pläne hängen jedoch von der Existenz einer Verflüssigungsanlage ab, die das Gas für den Export bearbeitet und lagert. Die Finanzierung der Anlage soll durch Regierung und andere Partner gesichert werden.

Israel muss seine Richtlinien zum Gasexport noch festlegen, wobei es Widerstände von Seiten israelischer Umweltschützer gegen eine Verflüssigungsanlage gibt. Gleichzeitig haben, hervorgerufen durch die positiven Entwicklungen in den türkisch-israelischen Beziehungen, die Überlegungen zu einer Pipeline zwischen beiden Ländern zugenommen. In der Zwischenzeit sind der zypriotische Außenminister Ioannis Kasoulides und der Minister für Energie und Handel Giorgos Lakkotrypīs für Gespräche nach Israel gereist. Schwerpunkt der Gespräche war die Zusammenarbeit im Bereich der Energie, die eine vertragliche Vereinbarung beinhaltet bezüglich der Aufteilung der Gasvorräte sowie den Abbau jener Reserven, die sich auf beiden Seiten der maritimen Grenze beider Länder befinden. Außerdem führten Israel und Zypern eine Such- und Rettungsübung durch, an der auch die zypriotische Hafen- und Seepolizei und Marine sowie die israelische Luftwaffe teilnah-

men. Es sind weitere Übungen mit anderen Staaten vorgesehen.

Abgesehen von der Zusammenarbeit im Energiesektor planen die beiden Länder eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Tourismus. Im Jahr 2012 betrug das bilaterale Handelsvolumen 715 Millionen Euro, womit Israel der zweitgrößte Exporteur von Gütern nach Zypern ist.

Der Vorsitzende der Natural Gas Public Company DEFA, Costas Ioannou, wurde aufgrund schwerwiegender Vergehen im Amt von der Regierung entlassen. Die DEFA ist das staatliche Gasunternehmen Zyperns in dessen Verantwortungsbereich die Einfuhr, Lagerung, Verarbeitung, Lieferung sowie der Handel mit Gas und die Kontrolle über das Gasverteilungs- und Liefersystem in Zypern liegen. Eine Fusion der DEFA mit der staatlichen Gasgesellschaft KRETYK als Teil eines Modernisierungsprozesses des Staates wird derzeit geprüft.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen

Während des Eurogruppen Treffens in Dublin am 12. April verabschiedeten die Finanzminister der Eurozone ein Rettungspaket von 23 Milliarden Euro für Zypern. Dies beinhaltet ein Darlehen in Höhe von 10 Milliarden Euro von Seiten der Troika (Internationaler Währungsfond,

Europäische Kommission, Europäische Zentralbank) mit dem der Finanzbedarf der nächsten drei Jahre gedeckt werden soll. Zyperns Eigenbeteiligung beträgt 13 Milliarden Euro. Im Gegensatz zu der vorläufigen Vereinbarung zwischen der Troika und Zyperns Vorgängerregierung unter Präsident Christofias muss Zypern also 13 Milliarden Euro statt der ursprünglich vorgesehenen 5.5 Milliarden Euro beisteuern, d.h. 7.5 Milliarden Euro mehr.

Die erste Tranche von 2 Milliarden Euro des 10 Milliarden Euro Darlehens wird Mitte Mai nach Zypern fließen nach Abschluss einer unabhängigen Prüfung der Geldwäschevorwürfe durch Moneyval und Deloitte. Die Ergebnisse der Untersuchung fielen für Zypern sehr positiv aus. Nach Aussagen von Finanzminister Harris Georgiades beweisen die beiden Gutachten, dass Zypern in einem hohen Maße die Anforderungen der Anti-Geldwäscheprinzipien (AML – Anti Money Laundering) erfüllt. Der AML Index stellt Zypern ein geringeres Geldwäscherisiko aus im Vergleich zum europäischen Durchschnitt, mit besseren Ergebnissen als Deutschland, Luxemburg, Österreich oder die Niederlande.

Das 10 Milliarden Euro umfassende Darlehen hat eine durchschnittliche Laufzeit von 15 und eine maximale Laufzeit von 20 Jahren. 9 Milliarden Euro stammen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und 1 Milliarde vom IWF.

Im Rahmen dieses Darlehens sollen 3.4 Milliarden Euro die fiskalischen Bedürfnisse Zyperns decken. 4.1 Milliarden Euro sollen zur Deckung

von mittel- und langfristigen Schulden dienen und 2.5 Milliarden Euro sollen zur Rekapitalisierung der anderen Banken (außer der Bank of Cyprus und Laiki), d.h. hauptsächlich der Hellenic Bank und der Genossenschaftsbanken, eingesetzt werden.

Der Löwenanteil der 13 Milliarden Euro aus Zyperns Beteiligung soll aus der Abwicklung der Laiki Bank und der Restrukturierung der Bank of Cyprus (BoC) kommen, was mit 10.6 Milliarden Euro veranschlagt wird. Ungesicherte Einlagen der BoC werden auf jeden Fall zu 37.5% abgeschrieben werden, zusätzliche, derzeit eingefrorene 22.5% der Einlagen könnte das gleiche Schicksal ereilen. Die Regierung hofft außerdem mit Hilfe von Privatisierungen 1.4 Milliarden Euro zu erzielen, sowie durch Schuldenumstrukturierungen in Höhe von einer Milliarde Euro und einer Restrukturierung des 2.5 Milliarden Euro umfassenden russischen Kredits weiter Geld zu sparen. Weitere 0.6 Milliarden Euro sollen durch Sparmaßnahmen und im Memorandum vorgesehene Steuermehreinnahmen sowie durch den Verkauf von Goldreserven im Wert von 0.4 Milliarden Euro generiert werden. Zudem will Zypern die Steuern erhöhen, Ausgaben kürzen und Struktur-reformen durchführen um die Lage der öffentlichen Finanzen verbessern. Auf diese Weise will Zypern seine Schulden zurückzuzahlen, deren Wert im Jahr 2020 auf 104% des BIP von 126% im Jahr 2015 fallen soll.

Einem Bericht der Ratingagentur Moody's zufolge verfehlt das Rettungsprogramm das Ziel, die Probleme im Zusammenhang mit Zyperns Zahlungsfähigkeit von Grund auf zu

adressieren. Stattdessen sei wohl ein zweites Rettungspaket notwendig und ein Euroaustritt möglich. Die Agentur geht davon aus, dass Zyperns nominales BIP bis 2015 um mindestens 12% schrumpft. Gleichzeitig stufte Moody's die Einlagen der BoC von CAA3 auf CA mit negativem Ausblick herab. Moody's zufolge zeige dies, dass in den nächsten Monaten beträchtliche Verluste auf ungesicherte Einlagen zu erwarten seien. Zugleich betonte Moody's, dass die Hellenic Bank Dank ihrer Kapitalpuffer nicht verstaatlicht werden müsse.

In einer am 19. April im Fernsehen ausgestrahlten Rede kündigte Präsident Anastasiades Maßnahmen an, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Maßnahmen sollen sich an gefährdete Bevölkerungsgruppen richten. So sollen Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose angeboten und neue Stellen geschaffen wird. Das Wirtschaftswachstum soll angeregt und umweltfreundliche Technologien entwickelt werden. Neue Investitionen im Energiesektor und der Landwirtschaft sollen ermöglicht werden. Der Tourismus soll mit Hilfe von Casinos gestärkt werden. Dieser Schritt wird jedoch von der Orthodoxen Kirche kritisiert.

Andere Maßnahmen beinhalten eine Änderung des bisherigen Programms `Staatsbürgerschaft durch Investitionen`. Wohlhabende Nicht-EU Bürger sollen auf diese Weise Kapital in Zypern investieren. Das neue Gesetz verringert den zu investierenden Betrag von zehn Millionen auf drei Millionen Euro, der notwendig ist, um eine zypriotische Staatsbürgerschaft beantragen zu können. Zudem müssen in Zukunft nicht mehr

15 Millionen Euro für mindestens fünf Jahre in zypriotischen Banken angelegt werden.

Am 26. April wurden die seit dem 28. März geltenden Kapitalverkehrskontrollen erleichtert. Die Kontrollen sollten einen Bank Run verhindern, nachdem die Eurogruppe beschlossen hatte, dass Besitzer von großen Einlagen heftige Verluste hinnehmen müssten. Der Betrag, der pro Person innerhalb Zyperns im Monat transferiert werden kann, wurde von 3.000 Euro auf 10.000 Euro erhöht, während der Betrag für Überweisungen ins Ausland von 2.000 Euro auf 5.000 Euro erhöht wurde. Reisende ins Ausland dürfen nun statt 2.000 3.000 Euro an Bargeld mitnehmen. Andere Einschränkungen, wie das tägliche Limit von 300 Euro für Bargeldabhebungen, wurden beibehalten.

In der Zwischenzeit hat Russland angekündigt, dass es sein Darlehen an Zypern von 2.5 Milliarden Euro nur dann restrukturieren werde, wenn seine Interessen, insbesondere jene der VTB Bank, geschützt würden. Daher wünscht sich Russland ein Ende der Einschränkungen, die auch die Russian Commercial Bank, eine zypriotische Niederlassung der VTB Bank, betreffen. Russland sei bereit, die Kreditbedingungen mit Hilfe einer Laufzeitverlängerung und einer Senkung der Zinsrate von 4.5% auf 2.5% zu ändern.

Die halbstaatlichen Unternehmen wie die zypriotische Telekom (Cyta), die Hafenbehörde und das Elektrizitätsunternehmen EAK versuchen, ein Darlehen von 1.4 Milliarden Euro zu bekommen, um somit der Privatisierung zu entgehen. Die Erlöse aus der Privatisierung soll-

ten Teil des von Zypern zu erbringenden Betrags von 13 Milliarden Euro sein.

Eine Reihe von Gesetzesvorschlägen wurde dem Parlament vorgelegt, um die Bedingungen für die Auszahlung des 10 Milliarden schweren Darlehens zu erfüllen. Dazu wurden eine Erhöhung der Unternehmenssteuer um 2.5% auf 12.5%, abgestufte Gehaltskürzungen im öffentlichen Bereich und Rentenkürzungen, sowie eine provisorische Steuer auf unbewegliches Vermögen beschlossen. Es wird mit Einnahmen von 75 Millionen Euro gerechnet.

Am 30. April stimmte das Parlament mit einer knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen dem 10 Milliarden umfassenden Rettungspaket der Troika zu. Insgesamt stimmten 29 Abgeordnete für und 27 Abgeordnete gegen den Vorschlag. Die DISY und ihr Koalitionspartner DIKO sowie der Abgeordnete der EVROKO, Demetris Syllouris, stimmten dafür während die links gerichtete AKEL, EDEK und der Abgeordnete der Grünen, Georgos Perdikis und Nicos Koutsou von der EVROKO dagegen stimmten. Auch der Deutsche Bundestag stimmte dem Rettungspaket mit großer Mehrheit zu. Von 602 Abgeordneten waren 487 für das Rettungspaket, während 102 dagegen stimmten und 13 Abgeordnete sich enthielten.

Finanzminister Michalis Sarris trat zurück, um die Ermittlungen über die Ursachen für die Krise nicht zu behindern. Diese betreffen seine Zeit als Vorstandsvorsitzender bei der Laiki Bank vor seiner Berufung als Finanzminister. Sarris wurde durch den Arbeitsminister Haris Georgiadis abgelöst, der wiederum von Zeta Emilianidou

ersetzt wird, die vorher Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium war. Eine aus drei ehemaligen Richtern des Obersten Gerichtshofs bestehende Untersuchungskommission soll die Ursachen für die Notwendigkeit eines Rettungspakets und die Verantwortlichen des drohenden Staatsbankrotts sowie der Bankenkrise in politischer sowie strafrechtlicher Hinsicht ermitteln. Ende April war jedoch nur noch eines der ursprünglichen Mitglieder, Giorgos Pikis, in der Kommission. Die beiden anderen Mitglieder, Yiannakis Constantinides und Panayiotis Kallis, traten aus Gesundheits- und Befangenheitsgründen zurück. Kallis wurde von der ehemaligen Ombudsfrau Iliana Nicolaou ersetzt.

In der Zwischenzeit nehmen die gegenseitigen Schuldzuweisungen zu. Der Parteivorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, zeigte sich besorgt, dass die Untersuchungen zu den Ursachen der Wirtschaftskrise politisch motiviert seien und die Partei für ihre `politischen` Überzeugungen bestraft werden solle. Der Sprecher der Europäischen Partei, Michalis Giorgallas, beschuldigt seinerseits die AKEL, dass sie `politischen Druck auf die Untersuchung ausübe`.

In diesem Zusammenhang traten schwerwiegende Differenzen zwischen der Regierung und dem Präsidenten der Zentralbank, Panikos Demetriadas, der von der Vorgängerregierung eingesetzt worden war, auf. Die Kritik an Demetriades bezieht sich vor allem auf seine Vorgehensweise in der Bankenkrise, seine administrativen Entscheidungen nachdem beschlossen worden war, die Laiki Bank abzuwickeln und die BoC zu restrukturieren. Außerdem wird

Demetriades vorgeworfen, er habe das Parlament falsch informiert in Bezug auf den Umfang der Untersuchung von Laiki und BoC durch Alvarez und Marshall (A&M). Demzufolge sei A&M vor allem damit beauftragt worden, ihr Augenmerk auf die BoC zu richten, statt auf die sich in finanzieller Schieflage befindende Laiki, obwohl das Parlament letzten November in einem von Demetriades verfassten Schreiben gegenteilige Informationen erhielt.

Eurostat zufolge verzeichnete Zypern im März die zweithöchste Zunahme bei den Arbeitslosenquoten innerhalb eines Jahres in der EU. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 10.7% auf 14.2%.

Während sich die wirtschaftliche Lage zusehends verschlechtert, verschlimmert sich soziale Situation vieler ausländischer Arbeiter aus Ländern außerhalb der EU. Der zypriotischen Einwanderungsbehörde zufolge leben zurzeit schätzungsweise 35.400 ausländische Hausangestellte in Zypern, die hauptsächlich aus den Philippinen, Sri Lanka und Vietnam stammen. Diese Arbeitnehmer müssen nun mit Gehaltskürzungen oder Entlassungen rechnen. Finden sie keine neue Stelle innerhalb von 30 Tagen, verlieren sie ihr Aufenthaltsrecht. KISA, eine Nichtregierungsorganisation, die sich für die Belange von ausländischen Arbeitskräften einsetzt, bestätigt, dass die Lage für Arbeiter aus nicht-EU Ländern unsicher ist und die warnt davor, dass es vermehrte Fälle von Lohnkürzungen, Ausbeutung, aber auch von Abtauchen in die Illegalität geben könne.

Als Teil des Rettungspakets will die Regierung neue steuerlicher Maßnahmen (s.o.) sowie Reformen bei den staatlichen Sozialleistungen einführen. So soll es drastische Einschnitte beim Arbeitslosengeld geben. Beispielsweise soll das Arbeitslosengeld gestrichen werden, wenn vom Arbeitsamt vorgeschlagene Stellenangebote zweimal abgelehnt werden.

Die bisher freie medizinische Versorgung soll auch gekürzt werden. Menschen, die weniger als drei Jahre versichert waren oder keine Steuern gezahlt haben, sollen künftig keine freie medizinische Versorgung erhalten. Beamte, die bisher keine Krankenversicherungsbeiträge zahlen mussten, sollen 1.5% ihres Gehaltes in die Krankenversicherung einzahlen. Außerdem soll ein seit Jahren geplantes Nationales Gesundheitssystem so schnell wie möglich eingeführt werden.

Um das Vertrauen in die Regierung und die politischen Eliten nach Jahren der Korruption und Klientelwirtschaft durch die politischen Parteien wiederherzustellen, kündigte Präsident Anastasiades eine Reihe von Maßnahmen an. Diese betreffen die Regulierung des Beamtenwesens, die Amtszeit des Präsidenten, die Einstellung von Beamten oder Angestellten bei halbstaatlichen Unternehmen, die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie Änderungen im Justizwesen.

Im Hinblick auf das Beamtentum sollen von nun an Transparenz und klare Verantwortlichkeiten wichtige Elemente sein. Aus diesem Grund soll die Immunität des Präsidenten, der Minister und der Abgeordneten begrenzt werden. Des

Weiteren sollen, als direkte Folge der Explosion des Kraftwerks bei Mari im Jahr 2011, die Befunde von Untersuchungsausschüssen rechtlich verbindlich werden. Außerdem sollen Maßnahmen - basierend auf den jährlichen Berichten des Rechnungshofes - zur Bekämpfung der Korruption bei staatlichen Aufträgen eingeführt werden und die Gemeinden und Städte miteinbeziehen. Diese Berichte sollen der Öffentlichkeit auf entsprechenden Webseiten zugänglich gemacht werden.

Was die Wiederwahl von gewählten Volksvertretern und Regierungsmitgliedern betrifft, so sollen der Präsident und andere gewählte Regierungsvertreter nur einmal wiedergewählt werden können. Abgeordnete des Parlaments sollen maximal zwei Mal in Folge wiedergewählt werden können.

Bei der Einstellung von Beamten und Angestellten bei halbstaatlichen Unternehmen sollen die neuen Maßnahmen einen hohen Grad von Transparenz und Anonymität im Bewerbungsverfahren sicherstellen, um so den Leistungsgedanken in den Vordergrund zu stellen und die Vetternwirtschaft abzustellen. Der öffentliche Dienst soll von Grund auf reformiert und rationalisiert werden. Dies beinhaltet auch Kosteneinsparungen und die Einführung moderner Technologien wie zum Beispiel Online Dienste des öffentlichen Dienstes (E-Government). Die Einführung dieser Maßnahmen soll bis Dezember 2013 beendet sein.

Die Zivilgesellschaft soll gestärkt werden, u.a. dadurch, dass Bürger Vorschläge an das Parlament richten können.

Die Reformen im Justizwesen haben zwei Ziele. Zum einen soll die Effizienz durch strukturelle Änderungen verbessert werden. Zum anderen soll sich ein eigens geschaffenes Gericht als Folge der Finanzkrise speziell mit Klagen gegen die Banken befassen. Eine detaillierte Liste aller Maßnahmen befindet sich im Anhang.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen

Türkisch-zypriotische Regierungsvertreter und türkische Diplomaten gehen davon aus, dass eine Lösung der Zypernfrage in wirtschaftlicher Hinsicht große Vorteile hätte. Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu ist der Meinung, dass die derzeitige Finanzkrise nicht eingetreten wäre, wenn die Insel im Jahr 2004 wiedervereinigt worden wäre. Damals trat die Republik Zypern der EU als ein geteiltes Land bei. Die in dieser Aussage enthaltene Botschaft ist, dass eine Lösung auch eine Einigung im Hinblick auf die Ausbeutung der regionalen Gasvorkommen, was der an sich schon komplexen Zypernfrage eine zusätzliche geopolitische Dimension gibt, mit sich gebracht hätte. Diese Bemerkung soll wohl dazu dienen, die griechischen Zyprioten so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zurückzuholen. Der türkische Minister für EU Fragen, Egemen Bagis, wiederholte den türkischen Standpunkt, dass die Öffnung türkischer Häfen für in Zypern registrierte

Schiffe – was Teil des Ankara Protokolls innerhalb der europäischen Zollunion ist – dann möglich sei, wenn im Gegenzug die internationale Isolierung der türkischen Zyprioten beendet würde. Dies sei durch direkte Handelsabkommen und die Aufnahme internationaler Flüge zum Flughafen Erçan (Tymbou) zu erreichen. Die türkische Seite scheint jedoch nicht bereit, den Status von Varosha (Famagusta) zu diskutieren, was als wichtiges Element der vertrauensbildenden Maßnahmen angesehen wird.

Die Finanzkrise wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Situation der türkischen Zyprioten aus. Als Teil der neuen Sparmaßnahmen werden sich die Reformen im Gesundheitssystem (s.o.) für die türkischen Zyprioten dahingehend auswirken, dass ihnen die nach der Öffnung von 2003 gewährte freie Gesundheitsvorsorge nicht mehr ohne weiteres zur Verfügung steht. Diese Maßnahme betrifft mehrere hundert türkische Zyprioten. Da die meisten türkischen Zyprioten im Norden leben und arbeiten, zahlen sie keine Steuern in der Republik Zypern und sind daher in Zukunft von der freien Gesundheitsfürsorge ausgeschlossen.

Der türkisch-zypriotische Finanzminister, Ersin Tatar, stellt sich gegen den Verkauf von Goldreserven (schätzungsweise 14 Tonnen) durch die Republik Zypern als Teil des Rettungsprogramms. Tatar argumentiert, dass die türkischen Zyprioten einen Anteil an den 1960 bei der Unabhängigkeit erworbenen Goldreserven besäßen.

Die Finanzkrise dient den Vertretern der TRNZ¹ auch als Rechtfertigung für das Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit 2013 – 2015 mit der Türkei, das große Infrastrukturprojekte wie eine Wasserpipeline beinhaltet. Der Finanzminister betonte, dass die türkisch-zypriotische Wirtschaft durch die Hilfe der Türkei, im Aufwind sei. Die Politik der Türkei stehe im Gegensatz zu den Sparmaßnahmen der EU.

Nach einer Zeit der politischen Unsicherheit war der April innenpolitisch ein ruhiger Monat. Der Kampf um die Vorherrschaft in der National Unity Party (UBP) war schon im März zugunsten von Premierminister Irsen Küçük entschieden worden. Das Zerwürfnis innerhalb der Partei hatte jedoch negative Auswirkungen auf die Arbeit des Parlaments. Abweichler aus der UBP stellten dem Premierminister ein Ultimatum bis Ende April und verlangten eine Kabinetts-umbildung. Da Küçük jedoch nicht darauf einging, wird mit einer Regierungskrise im Mai gerechnet, was wiederum zu einer Auflösung des Parlaments und vorgezogenen Wahlen führen könnte.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) ist international nur von der Türkei als Staat anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten, Derviş Eroğlu, Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als Vertreter der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Die Regierung der Republik Zypern ist daher als Regierung für die ganze Insel international anerkannt und die Insel ist zur Gänze Mitglied der Europäischen Union. Aber der *acquis communautaire* ist für den Nordteil der Insel suspendiert, bis das Zypernproblem gelöst ist. (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Im April trafen sich Küçük und andere Minister mit türkischen Regierungsvertretern. Ein von dem türkischen Minister für Zypern, Besir Atalay, vorgelegter Bericht über den öffentlichen Dienst der TRNZ brachte Küçük in Verlegenheit, da er die Abhängigkeit der türkischen Zyprioten von der Türkei klar belegte. Der Bericht bezog sich auf die Tatsache, dass Küçüks Reformen im öffentlichen Dienst aufgrund des von türkischen Regierungsvertretern ausgeübten Drucks und einer Vereinbarung beider Regierungen zustande kamen.

Die politische Krise der türkisch-zypriotischen Stadtverwaltung (Lefkoşa) konnte durch die Wahl Kadri Fellahoglus im April beendet werden. Die finanziellen Probleme konnten jedoch nicht gelöst werden. Fellahoglu begann sofort damit, Pläne für die Umstrukturierung der Stadtverwaltung zu entwerfen.

Präsident Eroglu informierte das Parlament Mitte April über die Entwicklungen in der Zypernfrage.

5. Anhang

Regulierung des Beamtenwesens

- In die Verfassung sollen jene Vergehen aufgenommen werden, für die der Präsident strafrechtlich verfolgt werden kann.
- Die Immunität der Parlamentsabgeordneten soll aufgehoben werden. Die Redefreiheit wäh-

rend ihrer Amtsausübung soll jedoch gewährleistet werden.

- Die zivil- und strafrechtliche Verantwortung von Ministern und unabhängigen Beamten als Folge erfolgter oder unterlassener Handlungen im Amt soll festgelegt werden.

- Die Anzahl jener Beamter, die verpflichtet sind eine Einkommenserklärung in regelmäßigen Abständen abzugeben, soll erhöht werden. Dies beinhaltet auch hochrangige Beamte, Richter und die Vorsitzenden der politischen Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind. Ein zu bildender Untersuchungsausschuss soll Anschuldigungen überprüfen und Fehlverhalten öffentlich bekannt machen.

- Das Parlament hat bereits ein Gesetz verabschiedet, dass die Befunde eines Untersuchungsausschusses verbindlich macht.

- Das Parlament hat den Vorschlag der Regierung angenommen, dass es dem Generalstaatsanwalt neben dem Parlament erlaubt, einen Untersuchungsbeamten einzusetzen.

Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

- Ausschreibungen des öffentlichen Dienstes sollen in vollem Umfang begründet und veröffentlicht werden.

- Jedes Ministerium soll ein Komitee schaffen, das Vorschläge und Berichte auf Grund des jährlichen Rechnungshofberichtes überwacht und umsetzt.

- Die unterschiedlichen Abteilungen des öffentlichen Dienstes und halbstaatlicher Unternehmen sind dazu verpflichtet, dem Parlament einen umfangreichen jährlichen Bericht vorzulegen, inwieweit die Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden. Zudem muss das Jahresbudget vorgelegt werden. Die Gemeinden und Städte sind dazu verpflichtet, die Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen. Nichtumsetzung soll geahndet werden.

- Während aller Sitzungen des öffentlichen Dienstes, in denen administrative Entscheidungen gefällt werden, sollen Protokolle erstellt werden. Die Entscheidungen werden auf den entsprechenden Webseiten veröffentlicht. Ausgenommen sind Fragen der Staatssicherheit, Verteidigung und internationale Angelegenheiten, die vertrauliche oder persönliche Informationen enthalten.

- Die Ombudsfrau wird nun als Vermittlerin mit den relevanten Abteilungen tätig sein können und das Kabinett über die Nichtbefolgung von Empfehlungen unterrichten können.

- Beamte können straf- und zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie Schaden durch unentschuldbares oder betrügerisches Fehlverhalten verursachen.

Amtszeit

- Der Präsident kann nur für zwei aufeinander folgende Mandatszeiten im Amt bleiben. Dies gilt auch für andere gewählten Amtsträger wie Bürgermeister.

- Abgeordnete des Parlaments, Stadt- und Gemeinderäte können nur für drei aufeinander folgende Mandatszeiten im Amt bleiben.

Leistungsprinzip

- Bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst oder in halbstaatlichen Unternehmen sollen die Bewerber bei den Einstellungstests anonym bleiben. Akademische Abschlüsse oder Arbeits- erfahrung sollen stärker im Vordergrund stehen als Bewerbungsgespräche.

- Die Bewerber für eine Neuansstellung oder Beförderung sollen dem Parlament in einer öffentlichen Sitzung vorgestellt werden, um so die Transparenz zu fördern.

- Durchgefallene Bewerber erhalten einen ausführlichen Bericht mit den Gründen für die Ablehnung.

- Die Öffentlichkeit soll freien Zugang zu allen öffentlichen Dokumenten haben, ausgenom- men internationale Verträge, die vertraulicher Natur sind oder persönliche Informationen enthalten oder Fragen der Sicherheit und Verteidigung betreffen.

- Ein unabhängiger Ausschuss soll berufen wer- den, der für Einstellungen und Beförderungen in den halbstaatlichen Unternehmen zuständig ist. Auf diese Weise wird die Arbeit der Vor- stände erleichtert und die Einstellungen und Beförderungen beruhen auf dem Leistungsprin- zip.

Reform des Öffentlichen Dienstes

- Die Beauftragte für die Reform des öffentli- chen Dienstes, Emanuella Moushioutto Lambrianidou, soll innerhalb der nächsten drei Monate einen Aktionsplan vorlegen.

Sie hat die folgenden Vorgaben:

- Die Vereinfachung von Strukturen und Vor- gänge
- Die Fusion, Auflösung oder Stärkung bestimmter Dienste
- Die Anpassung des Bewertungssystems für Beamte
- Den Einführung neuer Technologien und E- Government
- Fortbildung
- Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistern
- Die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen
- Die Kostenreduzierung
- Die Einführung eines Verhaltenskodex und Transparenz

- Die Einführung dieser Maßnahmen sollen bis spätestens Dezember 2013 beendet sein.

- In jedem Ministerium soll ein Mechanismus zur Messung von Qualität und Effizienz einge- führt werden, der Entscheidungsfindungs- prozesse vereinfacht.

- Neu zu schaffende Staatsministerien sollen die Arbeit des Staates effizienter machen.

Zivilgesellschaft

- Vorschläge der Öffentlichkeit oder von Interessengruppen können an das Parlament gerichtet werden, wenn mindestens 10.000 Unterschriften vorliegen.
- Das Wahlregister wird automatisch erstellt. Wer nicht wählt, wird jedoch nicht straffällig.
- Mit Zustimmung der politischen Parteien kann ein horizontales und elektronisches Wahlverfahren eingeführt werden.

Justizwesen

- Verwaltungsgerichte sollen eingerichtet werden, um die Arbeit des Obersten Gerichtshofes zu erleichtern.
- Bezirksgerichte sollen eingerichtet werden, um das Justizwesen effizienter zu gestalten.
- Ein Gericht für Klagen von Anleihegläubigern gegen Banken soll eingerichtet werden.
- Das Amt des Bankenmediators soll im Mai eingerichtet werden, sodass die Arbeit des Bezirksgerichts erleichtert wird.²

² *Cyprus Mail* (30. April 2013)

6. FES Zypern - Veranstaltungen

14. Mai 2013, 20.00 Uhr

FES / IKME

Film und Diskussion mit dem Regisseur

Akamas

Panikos Chrysanthou

Nicosia/Lefkosa, 1, Şair Nedim Straße, Çağlayan Viertel, KTÖS Merkez Lokali

Öffentliche Veranstaltung



20. Mai 2013, 19.00 – 20.30 Uhr

FES

Plenumsdiskussion

German-Cypriot Relations: A victim of the bail-out?

In Dialogue with Manuel Sarrazin (Member of the German Parliament)

Nicosia/University of Nicosia

Öffentliche Veranstaltung



25. Mai 2013

Archis Interventions / ERSTE Stiftung / AHDR / FES
Konferenz und Workshop

Post-Conflict Development and Civic Imagination (Divided Cities)

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
Nicosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

**07./08./09. Juni 2013**

FES Zypern / FES Athen / FES Istanbul
Konferenz und Workshop

Journalisten Seminar

Chateau Status (in der Buffer Zone in der Nähe
des Ledra Palace), Markou Drakou Straße 12,
Nicosia, Zypern
Nicht öffentliche Veranstaltung

**22 June 2013**

FES
Konferenz und Workshop

Arbeitstitel: The State we are in

UNESCO Amphi Theater, University of Nicosia,
Nicosia, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:**Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros, Laura Laloire und
Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com